»Protest«

in: Max Stadler, Nils Güttler, Niki Rhyner,
Mathias Grote, Fabian Grütter,
Tobias Scheidegger, Martina Schlünder,
Anna Maria Schmidt, Susanne Schmidt,
Alexander von Schwerin, Monika Wulz,
Nadine Zberg

cache 01

GEGEN|WISSEN

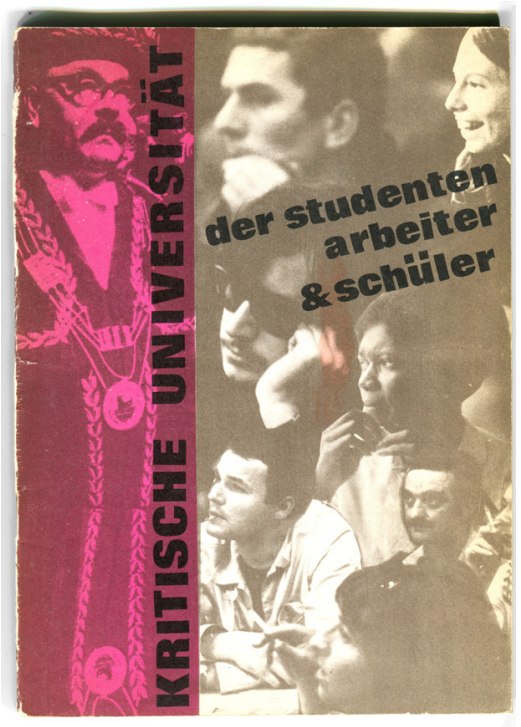
intercomverlag, Zürich 2020

PROTEST Plattformen

»In dem Bestreben, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen, stellt sich der Bund demokratischer Wissenschafter folgende Aufgaben:
1. Das Eintreten für eine ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußte Wissenschaft, für Erweiterung der Formen von Öffentlichkeit, von Mit- und Selbstbestimmung und gegen antidemokratische Tendenzen in Hochschule, Bildungswesen, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat;
2. Schutz wissenschaftlich Tätiger gegenüber ungerechtfertigten Angriffen und Maßnahmen;
3. Förderung der demokratischen Mitwirkung aller Mitglieder der Hochschule in der Selbstverwaltung von Forschung und Lehre;
4. Zusammenwirken mit gleichgerichteten Kräften an Hochschulen anderer Länder.«

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) (Hg.): *Gegen den Strom schwimmen: 50 Jahre BdWi*, Marburg: BdWi (2018), S. 10.

Am 26. Oktober 1968 kamen im hessischen Universitätsstädtchen Marburg achtzehn Hochschullehrer meist jüngere männliche Ordinarien geisteswissenschaftlicher Provenienz – aus verschiedenen Orten zusammen, um sich gegen »antidemokratische Tendenzen in Hochschule, Bildungswesen, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat« zum »Bund demokratischer Wissenschafter« zusammenzuschließen (ab 1985 »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler«).[1] Sie reagierten damit auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Deutschen Bundestag, gegen die sich im ganzen Bundesgebiet breiter Protest formierte, getragen insbesondere durch die Gewerkschaften und die westdeutsche Studierendenbewegung. Die versammelten Hochschullehrer*innen vermuteten hinter den Notstandsgesetzen einen »faschistischen Vorstoß«[2] – die rechtsextreme NPD feierte in diesen Jahren beachtliche Erfolge bei Landtagswahlen – und sahen die reale Gefahr, dass der parlamentarische Verfassungsstaat erodiert und nicht zuletzt die Freiheit von Forschung und Lehre stetig eingeschränkt werden würde. Der so genannte Radikalenerlass, mit dem die deutsche Bundesregierung im Jahr 1972 die Ausgrenzung von Bewerber*innen aus dem öffentlichen Dienst aufgrund ihrer politischen Einstellung sanktionierte, gab dem Bündnis weiter Auftrieb. In diesem Jahr stieß auch die erste Frau zu diesem »Solidaritätsbündnis linksorientierter Hochschullehrer« und »Männerclub«.[3]



Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch- und Fachschulen von Westberlin (Hg.): *Kritische Universität: Programm und Verzeichnis der Studienveranstaltungen im Wintersemester 1967/68*, Berlin: AStA der Freien Universität Berlin, Politische Abteilung (1967), Cover.

Die Volks- und Gegen-, kritischen und freien Universitäten, die um 1970 aus dem Umfeld der Studierendenbewegung wie Pilze aus dem Boden schossen, entstanden aus einer grundsätzlichen Kritik am Wissenschaftssystem, die Hand in Hand mit Kapitalismuskritik und sozialistischen Utopien ging. Die Geschichte der »Volksuniversitäten« ist dabei lang und reicht bis zur Arbeiter*innenbewegung des 19. Jahrhunderts zurück. Die alternativen, von Studierenden gegründeten Universitäten tauchten Mitte der sechziger Jahre auf: beginnend mit der Free University of California, die gegen ihre Universität rebellierende Studierenden ausriefen, gefolgt von der Free University of New York (FUNY) an der Ostküste, der Anti-University in London und schließlich einer Welle von Gründungen in Ländern wie Kanada, Japan, Dänemark, Holland, Frankreich und Deutschland.
Die Ziele waren politisch und radikal: Es ging um die Konstruktion einer neuen Gesellschaft. Als Gegeninstitutionen zum etablierten Universitätssystem verstanden die Protagonist*innen sie als »eine Waffe zur Veränderung der Universität und der Gesellschaft« und als Keim für den Aufbau weiterer »Gegen-Institutionen wie Gegen-Schulen, Gegen-Kindergärten, Gegen-Geschäfte oder Gegen-Zeitungen«.[4] »Alle Gegen-Universitäten betonen vorzüglich den engen Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis.«[5] Die alternativen Universitäten bewegten sich damit an der Schnittstelle zwischen sozialistischer Studierendenbewegung und dem sogenannten Untergrund, aus dem heraus sich die Alternativ- und Gegenkultur der siebziger Jahre entwickelte.

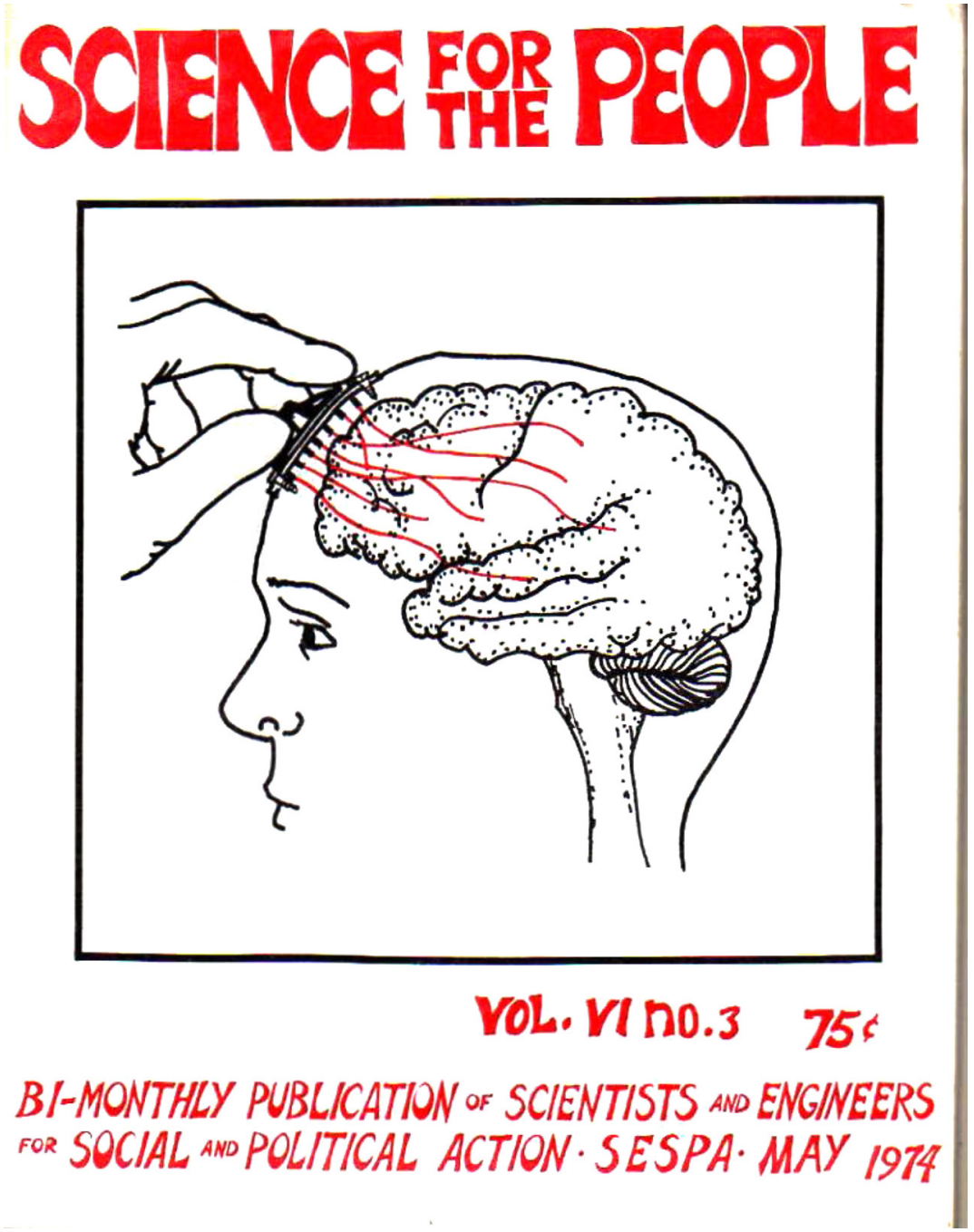


Sozialistisches Patientenkollektiv (SPK): *Aus der Krankheit eine Waffe machen: Eine Agitationsschrift*, München: Trikont (1972), Cover.

»Es genügt nicht, daß Wissenschaftler vorgeben, Wissenschaft für den Menschen zu betreiben. Sie müßten Wissenschaft für die k r a n k e n Menschen (denn andere gibt es nicht) betreiben, indem sie diese Wissenschaft in die Hände derjenigen legen, die die Wissenschaft für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse brauchen, d.h. in die Hände der K r a n k e n. Das kann man aber den Wissenschaftlern nicht zumuten, denn zu dieser ›Selbstpreisgabe‹, zu dieser Negation ihrer kapitalorientierten Funktion sind sie nicht bereit. Denn für die Kapitaleigner ist Wissenschaft ein Produktionsmittel, über das sie verfügen und weiterverfügen wollen. Deshalb bauen sie den Wissenschaftlern Elfenbeintürme (Universitäten). Und sie machen ihre Wissenschaft so, daß sie nicht aus ihren Elfenbeintürmen raus müssen, ja sogar so, daß sie nicht einmal raus können – d.h. sie bauen sich ihren Elfenbeinturm selbst. Deshalb müssen die K r a n k e n die Wissenschaft selbst in ihre eigenen Hände nehmen. Daraus folgt das Prinzip ›Volksuniversität‹.«[6]
Ausgehend von ihrer Kritik an der Psychiatrie rief das in Heidelberg formierte Sozialistische Patientenkollektiv (SPK) die »Volksuniversität« aus, als Alternative zum etablierten Wissenschaftssystem. Die üblichen Rollen- und Statusdifferenzen sollten aufgehoben und ärztliches Wissen auch denen zugänglich gemacht werden, die kein Medizinstudium absolviert hatten. Dabei ging es nicht bloß um Theorie, sondern um höchst praktische Ziele: darum nämlich, wer über die Praxis der Theorie zu bestimmen hatte, ebenso um die Aneignung von Forschung und Wissenschaft.

»Gegen-Uni«, »Volksuniversität«, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi): Um 1970 entstanden verschiedene Initiativen, um die Kritik an elfenbeinturmähnlichen Zuständen in das Wissenschaftssystem hineinzutragen. Wissenschaftler*innen engagierten sich dafür, dass Hochschul-, Forschungs- und Technologiepolitik auch innerhalb ihrer Disziplinen diskutiert wurden – so sollten beispielsweise die politischen -Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Forschung zu Themen wie Abrüstung, Umweltschutz sowie der psychosozialen Versorgung und Gesundheitsdienstleistungen kritisch reflektiert und neues »alternatives und historisches Wissen« erarbeitet werden. Neben Vereinen und Gegen-Unis wurden zu diesem Zweck Zeitschriften, Arbeitsgruppen und andere Plattformen gegründet. Damit war nicht nur politisches Bewusstsein gefragt, sondern ein politischer Auftrag an die Wissenschaften selbst gestellt – womit zumindest potenziell der objektive Charakter des an den Universitäten produzierten Wissens in Frage gestellt wurde. Der BdWi entwickelte sich über die Jahre zu einer festen Institution kritischer Wissenschaftler*innen in der Bundesrepublik als linkes, links-alternatives und rot-grünes Pendant zur gemäßigten und arrivierteren Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. (VDW), mit zu besten Zeiten über 2000 Mitgliedern. Politische Wissenschaftspublizistik, Mobilisierung und Lobbying standen im Zentrum der Arbeit. Ab 1984 erschien die BdWi-eigene Zeitschrift *Forum Wissenschaft* als »ein offensives und optimistisches Projekt gegen die Wende«[7] – gemeint war die vom bundesdeutschen CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl ausgerufene geistig-moralische Wende, mit der die Bundesrepublik an die konservativ-neoliberale Politik anderer europäischer Staaten anschloss.

Ähnlich operierte eine Gruppe von Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen in den USA, die 1969 das Netzwerk Scientists and Engineers for Social and Political Action (SESPA), bald umbenannt in Science for the People, gründeten.[8] Die Proteste gegen den Vietnamkrieg gaben hier den unmittelbaren Anlass, entsprechend stand die Militarisierung wissenschaftlicher Forschung im Fokus der Kritik; man widmete sich aber auch dem Einfluss der Industrie auf die Wissenschaft oder den politischen Implikationen der Soziobiologie. Schnell wuchsen innerhalb des Netzwerkes die verschiedensten Arbeitsgruppen, die ihre eigenen Wissenschaften kritisch unter die Lupe zu nehmen begannen – und damit die Wissensproduktion und das Wissen selbst. Die Gruppen waren vor allem in den siebziger und achtziger Jahren lokal in den Universitäten und auf Bundesebene aktiv, mit Workshops, Produktion von Informationsmaterial und politischen Aktionen. Eine Reihe von Mitgliedern wendete sich in den siebziger Jahren den Science Studies zu, darunter Dorothy Nelkin, Evelyn Fox Keller, Sandra Harding, Emily Martin und Robert Proctor.



Science for the People 6/3 (1974), Cover.

»Science for the People« – so lautete auch der Titel der vom gleichnamigen Netzwerk herausgegebenen Zeitschrift, von der bis zum Jahr 1989 insgesamt 109 Ausgaben erschienen. Die abgebildete Ausgabe thematisierte die neuartigen »Psychotechnologien«. Joe Heath, Al Huebner und Terry Kupers kritisierten die zunehmende Verbreitung neurochirurgischer Interventionen in Heilanstalten, von Psychotechniken im Strafvollzug und von Psychopharmaka in Schulen. Neuro- und Verhaltenswissenschaften stellten sich in den Dienst gesellschaftlicher Kontrolle und Repression: »In this time of psychosurgery, (remote controlled) electrical stimulation of the brain, chemotherapies and prison ›behavior modification‹ programs, there is real danger that mind-control practices are replacing less sophisticated physical approaches to enforced conformity or repression.«[9] Sie nahmen dabei die Kritik von Psychiatriepatient*innen auf, die sich in Philadelphia mit einem Statement gegen die gewaltsamen Verfahren der Neurochirurgie an die Öffentlichkeit gewandt hatten. ▸SELBERMACHEN / KANÄLE



E. O. Wilson examines an ant in his Harvard office. His book *On Human Nature* won a Pulitzer but deepened the storm of praise and abuse for his genetic explanations of human as well as animal behavior.

Albert Rosenfeld: »Sociobiology Stirs a Controversy over Limits of Science«, in: *Smithsonian* 11/6 (1980), S. 73–81, hier S. 75 (Fotograf: Peter Angelo Simon).



Fellow Harvard scientist Jonathan Beckwith, here in front of the medical school where he works in molecular biology, worries that sociobiology could be used to justify new forms of discrimination.

Albert Rosenfeld: »Sociobiology Stirs a Controversy over Limits of Science«, in: *Smithsonian* 11/6 (1980), S. 73–81, hier S. 77 (Fotograf: Peter Angelo Simon).

»Smithsonian's photographer posed E. O. Wilson in his lab, dressed in tie and tweedy jacket, examining his ant colonies, looking like the archetypical Harvard professor. On his visit to my lab, the same photographer suggested that I put on my windbreaker and day-pack to pose for some outdoor pictures. In front of the Harvard Medical School buildings, he took a series of exposures using a fish-eye lens. The published photograph portrayed a somber and humorless man, dressed more like a street demonstrator than an academic, with his nose, enhanced by the fish-ex lens, nearly dominating the picture. [...] The pictorial message: Which of these men would you trust – the well-dressed, respectable professor or the ›arch-radical‹?«[10]

Zu den intensivsten Kampagnen von Science for the People gehörte der Kampf gegen die vom Soziobiologen E. O. Wilson vertretenen Thesen zur biologischen Grundlage menschlichen Verhaltens.[11] Zu den beteiligten kritischen Wissenschaftler*innen gehörten Stephen Jay Gould, Ruth Hubbard, Richard Lewontin sowie Barbara Beckwith mit ihrem hier porträtierten und zitierten Ehemann Jonathan. Beckwith war Molekulargenetiker und ein Kollege von Wilson an der Harvard University. Beckwith hatte bereits im Jahr 1970 Aufsehen erregt, als er anlässlich der Verleihung eines vom Pharmakonzern Eli Lily gesponserten Preises vor dem versammelten Festpublikum den Konzern kritisierte,

vor der neuen Genetik warnte und das ihm zugesprochene Preisgeld der Black-Panther-Bewegung vermachte. Beckwith erinnert sich in seiner Autobiografie, mit welchen Anfeindungen kritische Wissenschaftler*innen innerhalb der Wissenschaft zu rechnen hatten: »Those of us who publicly raised concerns about the social consequences of science were mistrusted by other scientists. Scientist-activists were dismissed with suggestion that their research had gone down hill.«[12]

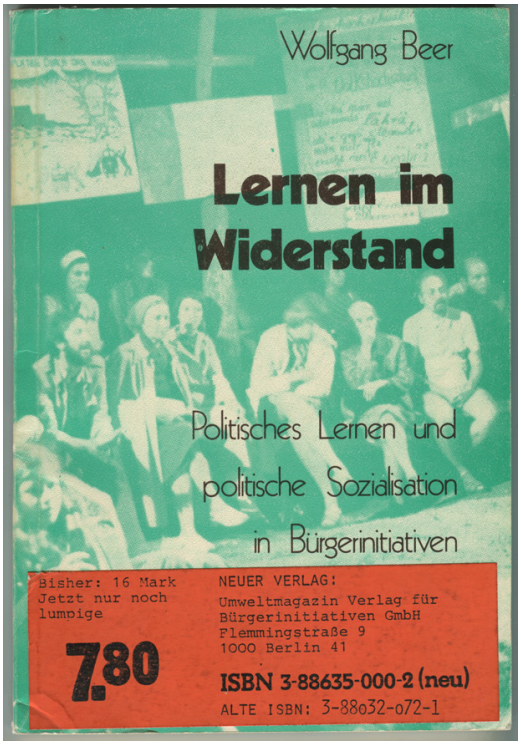


*Demonstrationszug der Teilnehmer*innen am Kongress »Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atom-rüstung«, 2. und 3. Juli 1983 in Mainz*, Berlin: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e.V.

Konflikte unter den organisierten kritischen Wissenschaftler*innen blieben nicht aus – und immer ging es dabei auch um die Entgegensetzung und Infragestellung von Wissenschaft und ihrer Kritik. Wie im Fall des Kölner BdWi-Mitglieds Peter Starlinger (Dritter von links in der ersten Reihe): Starlinger gehörte zu den Initiator*innen des Mainzer Kongresses »Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung« Anfang Juli 1983 in Mainz. »Mehr als 1200 Physiker, Chemiker, Biologen und Mathematiker aus 40 westdeutschen Hochschulen – dazu acht Institutsdirektoren der Max-Planck-Gesellschaft und ihr Ehrenpräsident, Nobelpreisträger Adolf Butenandt – haben sich dem Aufruf Starlingers angeschlossen, gegen die Stationierung von Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in der Bundesrepublik zu protestieren«, berichtete *Der Spiegel*.[13] Die »akademischen Widerständler« wollten auf diese Weise »den gesammelten Sachverstand in die Raketen-Diskussion einbringen«. Den Anstoß zu diesem einmaligen Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen hatte die als »Krefelder Appell« bekannt gewordene bundesweite Unterschriftenaktion gegen die neuen Atomwaffen gegeben, der sich rund fünf Millionen Menschen anschlossen.

Starlinger brachte seinen kritischen Sachverstand auch in die kurz darauf heftig entbrannte Diskussion um die Gentechnologie ein, allerdings gegen seine Mitstreiter*innen im BdWi gewendet. Im Beruf war Starlinger nämlich Professor für Genetik und Strahlenbiologie an der Universität Köln und gehörte als solcher zu den Befürworter*innen der Gentechnik. Starlinger gehörte natürlich auch zu den 500 Teilnehmer*innen an der BdWi-Fachtagung zur Gentechnologie im Jahr 1985. Dort schrieb er den Gegner*innen der Gentechnik ins Stammbuch, dass es keine einfachen Lösungen gibt und die Probleme erst einmal von den Spezialisten, sprich den Gentechniker*innen selbst, erforscht werden müssten. »Es reicht nicht, gelegentlich beim abendlichen Bier über allgemeine Fragen zu diskutieren.«[14]

▸MASCHINENSTURM / ALARM / Politische Pflanzen



Wolfgang Beer: *Lernen im Widerstand: Politisches Lernen und politische Sozialisation in Bürgerinitiativen*, Hamburg: Association (1978) (= Reihe Politische Ökologie: Materialien zu Umwelt u. Gesellschaft), Cover.

Die Bildungs- und Wissenschaftsforschung entdeckte das alternative Wissen und seine Institutionen schon gegen Ende der siebziger Jahre als neuen Gegenstand. Besonders interessierten sich die Wissenschaftsforscher*innen für die Infragestellung wissenschaftlicher Institutionen durch die Gegengesellschaft und die genaue Grenzziehung zwischen Wissenschaftskritik und Anti-Wissenschaft. So etwa in dem 1979 erschienenen Aufsatzband *Counter-Movements in the Sciences:* Die österreichische Wissenschaftsforscherin Helga Nowotny und die Soziologin Hilary Rose, selbst zusammen mit ihrem Ehemann und Neurowissenschaftler Steven Rose Teil der Szene kritischer Wissenschaftler*innen in Großbritannien, machten als Herausgeberinnen keinen Hehl aus ihrer Sympathie für »heretics and outsiders, including practising scientists«.[15]
Für viele der an Technologiekritik interessierten Sozialwissenschaftler*innen eröffnete die Infragestellung des naturwissenschaftlichen Expertenwissens ein neues Forschungsfeld, die Technologiefolgenabschätzung, wie es im Fachdeutsch bald heißen sollte. Allerdings mussten sie sich schon bald die Kritik gefallen lassen, dass sich darin der reaktive Charakter des Protestes und der öffentlichen Diskussion über Technik insgesamt spiegele – und damit auch deren Schwächen: denn die gesellschaftlichen Utopien blieben bei alldem auf der Straße.[16]

PROTEST Gegen-Institute



Der Vorstand des Öko-Instituts (1981), Nachlass von Hans-George Otto, Archiv Soziale Bewegungen, Freiburg.

Vieles begann im Länderdreieck zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland, genauer in der kleinen Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl nahe Freiburg. Der Protest gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl am Rhein war lange das »Zentrum und Symbol des Widerstands gegen Atomkraft«[17] auch über Deutschland hinaus und bildete in verschiedener Hinsicht den Startschuss der Umweltbewegung in der Bundesrepublik – auch für die Formierung und Institutionalisierung des umweltpolitischen Gegenwissens. Nach den positiven Erfahrungen mit der Volkshochschule Wyhler Wald wurde im November 1977 in Freiburg das Öko-Institut als »eine Vereinigung besorgter Wissenschaftler und Bürger« im Rahmen der Tagung »Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft« in der Evangelischen Akademie Baden gegründet.[18]
Vorbilder waren die im Jahr 1969 gegründete, erste internationale Umweltorganisation Friends of the Earth, mit der das Freiburger Institut von Anfang an enge Kontakte pflegte, sowie der Zusammenschluss von amerikanischen Jurist*innen und Naturwissenschaftler*innen im Natural Resource Defence Council. Rund 2000 fördernde Mitglieder zählte das Öko-Institut bereits zwei Jahre nach Gründung; sie deckten mit ihren Beiträgen und Spenden fast zwei Drittel des Institutsetats. Den Freiburger Mitarbeiter*innenstamm bildeten zunächst zwei Jurist*innen, ein*e Landschaftsplaner*in, eine Biologin, ein Chemiker und ein Diplom-Ingenieur, unterstützt von kurzfristigen Aushilfen, Praktikant*innen, über Werkverträge Beteiligte und viele Ehrenamtliche. Es war eine Zusammenarbeit »der etwas anderen Art«:[19] flache Hierarchien, geringe Statusunterschiede, hohe Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Im Zentrum der Arbeit stand die Erstellung von Gegenstudien und Gegengutachten. Einen ersten Höhepunkt bildete der zehntägige Freiburger Wyhl-Prozess im Januar 1977, bei dem fünfzig Pro-Gutachter und Kernenergiebetreiber auf der einen Seite und drei Kernenergiekritiker auf der anderen Seite dem Gericht Rede und Antwort standen. Mit dem sogenannten Gorleben-Hearing, das von der niedersächsischen Landesregierung zu dem geplanten Nuklearen Entsorgungszentrum Gorleben einberufen wurde und an dem auch Mitarbeiter*innen des Öko-Instituts teilnahmen, kam zwei Jahre später die »große Stunde der Gegenexpertise«.[20] Doch mit der Zeit nahm die Erforschung von Alternativ- und Zukunftsmodellen die Mitarbeiter*innen des Öko-Instituts zunehmend in Beschlag.[21] Auf der Abbildung sieht man die Teilnehmer*innen einer »Supervision« des damaligen Vorstandes, die im Juli 1981 auf einer Hütte am Hochfahrn im Schwarzwald stattfand (von links nach rechts: Michael Paula, Renate Jäckle, Gerd Michels, Ulrich Beller, Arnin Beckmann, Peter von Gizycki; hintere Reihe, verdeckt: Leo Pröstler, Rainer Grieshammer). ▸SELBERMACHEN / BEWUSSTSEIN / Vernunft von unten

»In Gerichtsverfahren und Anhörungen trifft der kritische Bürger auf eine Phalanx der Experten, die Verwaltung und Industrie beraten. Immer mehr Bürger erkennen, daß die Wissenschaft nicht frei von Interessen ist. Nur wenige Wissenschaftler sind bislang bereit, Bürger zu unterstützen. Langfristig wird es Bürgerinitiativen aber nur gelingen, ihre Forderungen in Planungen und vor Gerichten durchzusetzen, wenn sie selbst die nötige wissenschaftliche Begründung liefern. Mit dem Institut wollen wir Bürgern helfen, wissenschaftliche Unterstützung für ihre Verfahren zu gewinnen, indem wir Gutachten liefern und Sachverständige vermitteln. Der Kampf für eine menschenwürdige Zukunft erfordert jedoch mehr als nur die Abwehr drohender Schäden. Er verlangt von uns eine positive Antwort auf die Frage, wie wir leben wollen. Wir wissen: Die Forschung von heute entscheidet mit über die künftigen Lebensbedingungen. Wir dürfen diese Forschung nicht länger nur Staat und Industrie überlassen. Wir wollen deshalb selbst Alternativen für die Zukunft erforschen. Diese Forschung muß die Fachgrenzen traditioneller Wissenschaft überschreiten und stets den technischen und sozialen Entwurf als Einheit sehen.«

Gründungserklärung des Freiburger Öko-Instituts, abgedruckt in Jochen Roose: *Made by Öko-Institut: Wissenschaft in einer bewegten Umwelt*, Freiburg im Breisgau: Verlag Öko-Institut (2002), S. 17.



Jutta Ditfurth, Rose Glaser: *Die tägliche legale Verseuchung unserer Flüsse und wie wir uns dagegen wehren können: Ein Handbuch mit Aktionsteil*, Hamburg/Zürich: Rasch und Röhring Verlag (1987), Cover.

»Manche Menschen leben an einem Fluß und kennen ihn kaum. [...] Wir wollen dazu beitragen, daß der kranke Zustand unserer Flüsse, ihre Besonderheiten, ihre Geschichte besser wahrgenommen werden, auch, weil wir wollen, daß gesundes Wasser mit allen Sinnen genossen werden kann. [...] Aber wir wollten nicht einfach die Vergiftung dieser - Gewässer beklagen. Es genügt nicht, ihren Zustand zu beschreiben und traurig oder wütend zur Kenntnis zu nehmen. Menschen müssen ihre Flüsse selber retten. Industrie, Regierungen und Wachstumsparteien werden es nicht tun. Wir wollen zum Handeln anstiften, ohne die Einmischung von vielen aktiven, informierten und phantasievollen Menschen werden unsere Flüsse zu schlammigen Giftkanälen, trüben Giftmülldeponien, allenfalls Wasserautobahnen und unser Trinkwasser wird zur Giftbrühe. [...] Wie retten wir die Flüsse? Immer wieder warnen wir im Buch vor zuviel Vertrauen in offizielle Stellen – den Presseabteilungen der Chemiekonzerne glaubt hoffentlich sowieso niemand mehr. Bis auf seltene Ausnahmen ist die Konfliktbereitschaft staatlicher Stellen gegenüber der Industrie gleich Null. Filz, Korruption und vor allem hemmungsloser Glaube an das Wirtschaftswachstum stehen davor. [...] Wir würden uns freuen, wenn uns Reaktionen auf dieses Buch erreichen: Kritik, Zustimmung, Verbesserungsvorschläge, alle möglichen Ideen. Und wir sind gerne bereit, bei der Vermittlung von Referentinnen und Referenten und von weiteren Informationen zu helfen.«[22]
In ihrem *Handbuch mit Aktionsteil* konnten Jutta Ditfurth und Rose Glaser für alle großen Flüsse in Deutschland Expert*innen gewinnen, die über die verheerenden

Schadstoffbelastungen im Wasser und den langfristigen Konsequenzen durch die Begradigung und Industrialisierung der Flüsse berichteten. Rund ein Drittel des 450-seitigen Handbuches bestand aus einem »Aktionskatalog«, in dem von der lokalen bis zur transnationalen Ebene wichtige Ansprechpartner*innen (inklusive Kontaktinformationen) aufgelistet wurden: Umweltinitiativen, Naturschutzverbände und Aktivist*innengruppen, Verbraucherverbände, grüne Parteien, Ministerien und Behörden, »Umwelt(desinformations)telefone«, Datenbanken und andere Informationssysteme. Außerdem fanden die Leser*innen ausführliche Bibliografien – von Anleitungen zum Schnelltest bis hin zu Wasserrundbriefen – sowie das ganze Spektrum nichtschriftlicher Medien: Filme, Videofilme, Diaserien, Tonbildschauen und Foliensätze.

Zwischen dem Gründungsmanifest des Freiburger Öko-Instituts aus dem November 1977 und dem Flüsse-Handbuch der Aktivistinnen und Grünen-Politikerinnen Jutta Ditfurth und Rose Glaser lagen genau zehn Jahre – und in diesen zehn Jahren hatte sich viel getan. Das Öko-Institut war zunächst »ein ganz klares Kratzen am Monopol der etablierten Wissenschaft«[23] gewesen und das *Handbuch mit Aktionsteil* zeigte, dass dieses Monopol gerade im Bereich der Ökologie, zumindest teilweise, aufgebrochen worden war. Dies betraf vor allem die außeruniversitär organisierten Gegeninstitute: An der Schnittstelle zu den Umweltwissenschaften war es zu einer regelrechten Explosion an Einrichtungen gekommen, die Gegenwissen zur Verfügung stellten. Unter der Rubrik »AGÖF« (Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute) listeten Ditfurth und Glaser rund 75 unabhängige – außeruniversitäre – Forschungseinrichtungen.[24]

Doch die Gründungseuphorie währte nicht lange. Denn wie konnte sich das Gegenwissen behaupten, wenn es sich institutionalisierte? Schon in den frühen 1980er Jahren waren Stimmen innerhalb der alternativen Szene lauter geworden, die die zunehmende »Verwissenschaftlichung der Protestbewegungen«[25] kritisch sahen – und damit auch das wissenschaftliche Fundament der ökologischen Bewusstseinsbildung. Mit der (para-akademischen) Wissensproduktion ginge, so der Vorwurf, eine schleichende Entpolitisierung einher. Die politischen Streitfragen würden erneut den Expert*innen zur »objektiven« Beurteilung überlassen; die Wissenschaft ziehe sich gewissermaßen mit gereinigtem Gewissen in den Elfenbeinturm zurück. Hinzu kamen praktische Probleme im Wissenschaftsbetrieb. Die gesellschaftlichen Erwartungen an die AGÖF-Institute waren enorm, die »Arbeitsmöglichkeiten« allerdings nicht.[26]

Die institutionalisierte Gegenwissenschaft war schnell mit ähnlichen institutionellen Zwängen konfrontiert wie ihre etablierte Variante, insbesondere was das Einwerben von Fördergeldern und Drittmittel anging – allerdings mit dem zusätzlichen Problem, dass viele Gegenwissenschaftler*innen von den etablierten Kolleg*innen eher belächelt wurden. Staatsknete war sowieso verpönt (im Einzelfall aber durchaus willkommen).[27] Auf aktivistischer Seite sah die Situation nicht unbedingt besser aus. Nur noch wenigen Aktivist*innen gelang es wie Jutta Ditfurth, das komplexe Feld der Gegenwissenschaft überhaupt noch zu überschauen. Die «Oppositionsbewegungen» waren so, kritisierte etwa der Biologe und Umweltwissenschaftler Engelbert Schramm, immer mehr vom »natur- bzw. ingenieurswissenschaftlichen Wissen« abhängig geworden, während das »Alltagswissen« in der Bewegung verdrängt worden sei.[28] Die Alternative lag für Schramm, der in Frankfurt das Institut für sozio-ökologische Forschungen gegründet hatte, neben der Rückbesinnung auf das Alltagswissen in einer stärkeren Berücksichtigung geistes- und sozialwissenschaftlicher Ansätze in den Naturwissenschaften, ein Ansatz, den er zusammen mit Gernot Böhme als »soziale Naturwissenschaft« bezeichnete.[29] In den späten 1980er Jahren stand das Gegenwissen also nur auf den ersten Blick gut da; intern schwelten die Konflikte.

»Die ›alternative Forschung‹ blüht – und macht Schlagzeilen. Die einen laborieren ›in der Quetschzone des wissenschaftlichen Fortschritts‹ – inmitten eines öden Freiburger Industrieviertels; [...] Die anderen werkeln beinah im Grünen – am Heidelberger Stadtrand. [...] Die dritten schließlich hausen wie Einsiedler in der Klause – im Souterrain-Zimmer einer Stuttgarter Villa [...]. In schrulligen Behausungen lebt eine Schar von Tüftlern und Denkern, die als Scharlatane geschmäht, aber auch als Vorreiter gepriesen werden: Mal wird ihnen [...] ›wissenschaftliche Kriminalität‹ vorgeworfen. Dann wieder wird ihnen ›Streben nach wissenschaftlicher Ernsthaftigkeit und soliden Argumenten‹ bescheinigt. Alle [...] verstehen sich als Stätten ›alternativer Forschung‹, als Bürgerseminare und Labors der grünen Bewegung [...].«

»Tüftler im Grünen« (o.V.), in: *Der Spiegel* 36 (1980), S. 225–229, hier S. 225.

»Wenig Zeit bleibt vor allem, um die Rolle als Vorzeige-Wissenschaftler zu überdenken, die die Bürgerinitiativen, aber auch Soziologen wie U. Beck, den Gegenexpertinnen zuweisen. Immer mehr tritt der wissenschaftliche Meinungskampf zwischen Expertinnen und Gegenexpertinnen an die Stelle der politischen Auseinandersetzung. Mittlerweile fördert die Politik diese Verwissenschaftlichung des Konflikts: Expertenhearings und Enquetekommissionen in den Parlamenten ergänzen die Gutachtenkultur vor den Gerichten und in Genehmigungsverfahren. Politische Entscheidungsalternativen werden nicht mehr durch die staatliche Administration (und schon gar nicht von Betroffenen oder den Parlamenten), sondern von Wissenschaftlerinnen formuliert – allerdings in einem Ressortrahmen, den die Verwaltung (z.B. als Wasserversorgungspolitik, Verkehrspolitik oder Industrieansiedlungspolitik) vorgegeben hat und dann kaum noch in Frage gestellt wird.«

Thomas Kluge, Engelbert Schramm: »Weniger Analytik – mehr Analyse: Für eine sozial-ökologische Forschung«, in: *Wechselwirkung* 40/11 (1989), S. 28–30, hier S. 30.

»Das ungebrochen wissenschaftliche Selbstverständnis der Beteiligten dokumentierte sich auch im Tagungsablauf. [...] Dabei glänzten die Naturwissenschaftler durch ein hochgestochenes Fachvokabular und sparten nicht mit Overheadtabellen und -diagrammen, während die Sozialwissenschaftler zitatenreiche Papiere offerierten und sich in der Kenntnis ihrer Klassiker überboten. In den Pausen stärkten sie sich allesamt mit Getränken aus Pappbechern und Speisen von Einwegtellern, ohne daß irgendeiner der ›Fachökologen‹ daran Anstoß nahm. So konventionell wie der Tagungsverlauf waren auch die meisten Referate. [...] Tatsächlich feierte ein naturwissenschaftlich verkürzter Umwelt-, Gesundheit- und Ursachenbegriff fröhliche Urstände, und die Sozialwissenschaftler kamen in ihrer Analyse zumeist nicht über den BRD-Kapitalismus als Grund allen Übels hinaus. Völlig einig war man sich dabei über die Notwendigkeit vermehrter staatlicher Eingriffe: Die Naturwissenschaftler forderten mehr (naturwissenschaftliche) Präventivkontrolle, die Sozialwissenschaft mehr (sozialwissenschaftliche) Infrastrukturplanung – alles streng über die Köpfe der Beteiligten hinweg.«

SOZNAT: »Gegenexperten: Fachtagung ›Umweltwissenschaft – Umweltpolitik‹ des Bundes demokratischer Wissenschaftler«, in: *Wechselwirkung* 12 (1982), S. 58–59, hier S. 59.

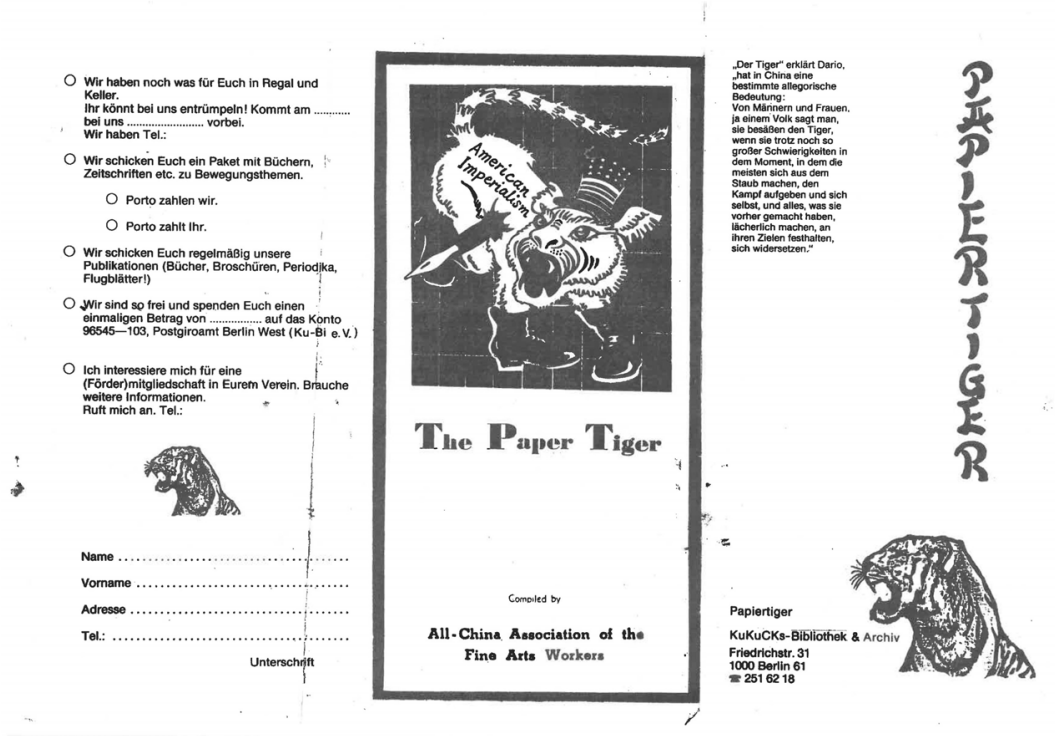
»Die Gegenwissenschaft ist in ein Dilemma geraten: Mit der Etablierung eigener Institute geriet der anfängliche Anspruch an eine ›andere Wissenschaft‹ im Zuge der alltäglichen Praxis in Vergessenheit. Wurde einst im Anspruch an die Tradition der Arbeiterbewegung angeknüpft, so ist es heute zu einer Verknüpfung konservativer Ideologien gekommen: eine intellektuellenfeindliche Aversion gegen Gesellschaftskritik verbunden mit einem naturalistischen Reduktionismus. [...] So stehen wir heute, da die Gegenwissenschaft nicht mehr nur in lesenden und debattierenden Zirkeln besteht, sondern in einer großen Zahl ›richtiger‹ Institute mit Dachverbänden und allem Drum und Dran, vor einer paradoxen Situation: Eine Bewegung, die genuin wissenschaftskritisch ist und sich dabei insbesondere gegen die Naturwissenschaften richtet – deren ›herrschaftsförmige‹ Logik ist es ja, auf die in letzter Konsequenz alle Naturzerstörung zurückgehen soll –, hat nicht nur eine (relativ gesehen) florierende wissenschaftliche Abteilung wie wohl keine frühere und gleichzeitig soziale Bewegung, sondern diese Gegenwissenschaft ist überwiegend ausgerechnet vom Typ der kritisierten: Naturwissenschaft. Man diskutiert nicht mehr das ›Kapital‹, sondern experimentiert, mißt Strahlen und konstruiert Geräte.«

Ludwig Trepl: »Was ist alternativ an der alternativen Forschung?«, in: *Wechselwirkung* 40 (1989), S. 15–20, hier S. 15, 17.

PROTEST Andere Archive

»Der Staub von Archiven kann ein Pulverfass sein!«

AGG B.II.1, Sign. 4319: Eröffnungsbroschüre Gen-Archiv.



Flyer (undatiert), Papiertiger, Archiv für Soziale Bewegungen Berlin.

»F: Wie kam es zu Eurer Idee, wo doch schon seit beinahe zehn Jahren die Gegen-Informationszentren wieder aus der Diskussion verschwunden sind?
A: 1983 war der KuKuCK noch besetzt in Kreuzberg. Einer von uns wohnte da und sammelte alle Bücher, die er finden konnte in einem Raum und nannte das dann KuKuCKs-Bibliothek. Weil der KuKuCK auch etwas mit Subkultur zu tun hatte, waren das natürlich meist Publikationen, die bei den Leuten aus dem Haus auf Interesse stießen und insofern entstand in den Wurzeln die erste subkulturelle Themenbibliothek. [...] Hinzu kam eine Gruppe8, die schon längere Zeit an der Idee bastelte, ein Archiv für die Gegenkultur zu machen.
F: Was sollte der Papiertiger bewirken?
A: Wir halten es für nötig, daß die Reaktionen und Medien, die die subkulturelle Bewegung hervorgebracht hat [sic], auch als Gegenpol präsentiert wird [sic] gegen die neuen Mediengiganten, die überall von sich reden machen.
[...] F: Ist der Papiertiger nicht ein sehr ›bürgerliches‹ Projekt: ›eigene Spuren sichern‹?
A: Im Moment entstehen ja einige Projekte, die das bewahren wollen, was aktuell gewesen ist, ich denke an die Geschichtswerkstatt. Das hat die Intention, daß man vermeidet, was zu Niederlagen geführt hat: wir glauben noch an eine Veränderung der Gesellschaft, wir denken auch, daß durch die Aufbereitung von eigener Geschichte eine Mobilisierung effektiver sein kann. Das ist die Triebfeder für uns. Wir verstehen uns als Stelle, die diesen Wust von Literatur aufarbeitet, um einen schnelleren und effektiveren Zugang zu finden, die weiterbrungen [sic] und nicht ablenken. [...]
F: Habt ihr auch schon an die Personalcomputer fürs linke Gedächtnis gedacht?
A: Bei uns ist die Frage ›mit Computern?‹ noch nicht angesprochen worden, würde im Moment auch nicht mehrheitsfähig sein. Das soll aber nicht heißen, daß wir technologiefeindlich wären. Langfristig wollen wir zu Themenreadern kommen zu den Materialien, die wir hier aufbewahren, um in aktuelle Prozesse einzugreifen.«

C&K: »Papiertiger: Interview mit Papiertiger«, in: *Chips & Kabel: Medienrundbrief* 18 (Mai 1985), S. 47–48. ▸NO FUTURE / RÜCKBESINNUNG / Heimat und Volk

Die neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre befürchteten, dass ihr gesellschaftliches Engagement keinen Niederschlag in den offiziellen staatlichen Archiven finden würde, weshalb engagierte Gruppen vielerorts begannen, ihre eigene Geschichte zu archivieren. Sie sammelten wichtige Dokumente, die »die Bewegung« repräsentierten, wie beispielsweise Flugblätter, Zeitschriften, Versammlungsmitschriften, »Transpis« und Plakate, die, wenn möglich, in den jeweiligen, den Gruppen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten untergebracht wurden. Meist wurden diese »Gegenarchive« aber in den Kellern oder auf den Dachböden einzelner Gruppenmitglieder gelagert und waren deshalb den individuellen Entscheidungen ihrer Gastgeber*innen ausgeliefert. Nur in wenigen Fällen gelang es, derartige »Kellerarchive« unabhängig von Einzelpersonen zu institutionalisieren. Auch wenn einige der Archive beispielsweise durch staatliche Zuschüsse unterstützt wurden, ist die Institutionalisierungsform bei den meisten bis heute erhaltenen Gegenarchiven weiterhin an das Engagement von Einzelpersonen gekoppelt. Trotz der oftmals bezeugten Notwendigkeit der Wahrnehmung ihres Archivierungsauftrags, bleibt ihre langfristige Existenz angesichts der unklaren Förderungssituation jedoch prekär.



Fotobestand Archiv Soziale Bewegungen, Freiburg.

Das Archiv für Alternatives Schrifttum (Afas) in Duisburg, das Berliner Archiv Papiertiger oder das Archiv für Soziale Bewegungen in Freiburg sind Beispiele für bis heute erhaltene Gegenarchive (eine wichtige Sammlung befindet sich außerdem im Institute of Social History in Amsterdam). Das Foto zeigt das Freiburger Archiv Mitte 1985 in den damaligen Räumlichkeiten in der Spechtpassage.



Haftbefehl gegen Journalistin

44 Vermummte in Gewahrsam

Schriftstellerin Dr. Ingrid Strobl „Kein kleines Lich

Fortsetzung von Seite 1

Frauenbewegung im Visier des BKA

Lötzinn und Blödsinn

Rebmanns Razzia: Krimi pur

Neue Taktik der Polizei?

Verdacht

Fahndung per Wecker bestätigt

Rebmann: Überwachung von Käufern rechtlich einwandfrei

Von unserer Mitarbeiterin Ursula Knapp

Staatsschutz Bauteil für Sprengsätze selbs

St. Pauli: 44 Frauen bei Demo festgenom

schaft hüllt sich in Schweige

DER FALL INGRID STROBL

„Eine Frau des Wortes"

Sie ist 35, hat Germanistik studiert, über „Rhetorik im Dritten Reich" dissertiert und sich als Journalistin einen Namen gemacht – Ingrid Strobl aus Innsbruck. In den Augen deutscher Terrorfahnder ist sie eine Terroristin und Attentäterin. Von Sigrid LÖFFLER

Wake me up, before you gog

Ulla Penselin, Ingrid Strobl: *Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf,* Hamburg: Konkret Literatur Verlag (1988), S. 18. ▸MASCHINENSTURM / ALARM / §129a

Die Sammlung von Zeitungsausschnitten – hier in einer zeitgenössischen gedruckten Collage zu Frauenbewegung und Polizeigewalt – bildete einen wichtigen Teil der Gegenarchive. Vielfach dienten die »Pressespiegel«, die sich noch

heute zuhauf in den Archiven befinden, aber nicht nur der Dokumentation, sondern beflügelten auch den szeneinternen Wettbewerb: Wer schaffte es mit welcher Aktion in die Medien?

»ARCHIV Gentechnologie: Seit die Diskussion um die Gen- bzw. Reproduktionstechnologie etwas öffentlicher geführt wird, ist die Flut der Publikationen dazu unüberschaubar geworden. Um gezielt der Entwicklung dieser Technologie entgegen treten zu können, ist es notwendig über diese Informationen zu verfügen. Wir halten daher ein Archiv zu diesem Themenkomplex für unumgänglich.«

AGG B.II.1, Sign. 4319: Eröffnungsbroschüre Gen-Archiv.

»Seit Jahren wird in der BRD forciert an der Entwicklung und Anwendung der Gentechnologie gearbeitet. Bis vor kurzem war kaum bekannt, was da für eine Lawine auf uns zurollt, denn die Folgen der Gentechnologie sind für uns, für unser Zusammenleben und für die Natur schwerwiegend und nicht absehbar. In der Öffentlichkeit wird, wenn überhaupt, nur die Spitze des Eisberges diskutiert. Und während sich noch über Moral und Recht gestritten wird, hat sich längst ein Interessenskartell zusammengefunden, das in Politik und Wirtschaft die Weichen stellt. Längst schon gibt es eine Infrastruktur biotechnologischer Forschung und marktgerechter Nutzung, die sich von den Ministerien über die Hochschulen, die halbstaatlichen und privaten Forschungseinrichtungen hinein in die Konzernzentralen der Multis erstreckt und bis in die Kontroll- und Ethikkommissionen personell verflochten ist.
Mit dieser Materialsammlung haben wir versucht, diese Strukturen ein wenig zu verdeutlichen.«

AGG B.II.1, Sign. 4319: Eröffnungsbroschüre Gen-Archiv.

Praktiken zur Herstellung von Gegenwissen wie beispielsweise das Anlegen von Archiven oder die Publikation von Nachrichten »von unten« gingen nicht allen Bewegungsmitgliedern weit genug. Im Widerstand gegen die Gen- und Reproduktionstechnologien forderte die Rota Zora, eine weibliche Splittergruppe der militanten Revolutionären Zellen, den bewaffneten Kampf. Sie verübte u.a. mehrere Anschläge auf biotechnologische und humangenetische Einrichtungen und Forschungsanlagen. Das Ziel: ein möglichst hoher Schaden für das jeweilige Institut. Die Sabotage sollte die Arbeit der Wissenschaftler*innen möglichst lange ausbremsen, Kosten aufwerfen und ein Bewusstsein für die eigene Sache in der Bevölkerung schaffen. Wie in den Bekennungsschreiben vermerkt, ging es bei den Anschlägen aber auch darum, gezielt Wissensbestände »der anderen« zu zerstören: Ausschnittartig erbeutete die Gruppe auch Teile des archivierten Materials, doch die Vernichtung von Wissen als Machtgrundlage war das eigentliche Ziel dieser Protestpraxis. Die Ermittlungen in Bezug auf die Anschläge der Roten Zora wirkten allerdings auch auf das Gen-Archiv zurück, dessen Mitarbeiterinnen unter Verdacht der Mitwirkung gerieten. Kurz vor Weihnachten 1987 wurden die Räume des Gen-Archivs sowie die Wohnungen der dort arbeitenden Frauen polizeilich untersucht. Dabei wurden unter anderem wissenschaftliche Artikel, Broschüren und

Materialsammlungen zum Thema sowie Adressenlisten von Seminaren beschlagnahmt. Das bestärkte die Gen-Archivarinnen in ihrer Überzeugung, über besonders brisante Wissensbestände zu verfügen, die von staatlicher Seite verhindert werden sollten. Die Verhaftungen sorgten für eine internationale Solidarisierungswelle. Die Beschlagnahmungen im Zuge der Durchsuchungen wertete man auch überregional als Zeichen, dass es sich bei den Beständen des Gen-Archivs um einen politisch besonders relevanten Wissensschatz handelte und die kritische Auseinandersetzung mit Gen- und Reproduktionstechnologien von Staatswegen her verhindert werden sollte. ▸MASCHINENSTURM / ALARM

»Klauen wir ihnen die Datensammlungen! [...] Uns ist es auch nicht in erster Linie darauf angekommen, das Archiv auszulagern, wir wollten es vorrangig zerstören, damit die Macht, die Weißkittel aus solchen Archiven ziehen, an einer Stelle gebrochen wird.«

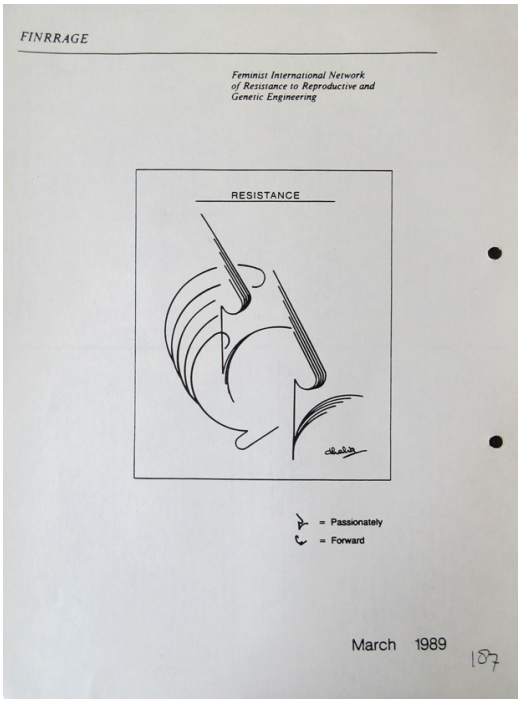
Rote Zora: »Zwei Erklärungen gegen das Humangenetische Institut Münster (Januar 1987)«, in: ID-Archiv im IISG (Hg.): *Die Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora (Band 2)*, Berlin: ID Verlag (1993), S. 619–626, hier S. 621–622.

PROTEST Netzwerke

»Klein: But it was Jalna who said, I think from memory at least, it was Jalna who said we need a network, and everybody said yes, YES!«

Stevienna de Saille: *Knowledge as Resistance: The Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering*, London: Palgrave Mcmillan (2017), S. 55.

So beschreibt Renate Duelli Klein 25 Jahre später den Gründungsmoment von FinRRage. Im April 1984 hatte Klein zusammen mit einer internationalen Gruppe von Feministinnen, die sich alle mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Reproduktionstechniken befassten, eine Sektion im Rahmen des Second International Interdisciplinary Congress of Women in Groningen in den Niederlanden organisiert. Unter dem Titel »Death of the Female« behandelten die Vorträge die Auswirkungen neuer Reproduktionstechniken auf die Geschlechterauswahl der zukünftigen Kinder durch ihre Eltern. Die Sektion endete mit einer Stellungnahme, die alle anwesenden Frauen unterzeichneten und die ein neues Netzwerk aus der Taufe hob, noch unter dem Namen FINNRET: »Feminist International Network on New Reproductive Technologies«. Beim nächsten Treffen von FINNRET in Lund 1985 wurde das Netzwerk umbenannt in FinRRage: »Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering«. »Die Umbenennung erfolgte, um eine klare politische Aussage gegen diese Technologien im Namen des Netzwerkes zu haben und um den Widerstand gegen die Gentechnik zu einem Arbeitsgebiet des Netzwerkes zu machen. [...] Die Umbenennung mit einer klaren Aussage gegen diese Techniken wird auch die diese Konferenz z.T. besetzenden Auseinandersetzungen um die ›Use/Abuse‹ Ideologie innerhalb des Netzwerkes abschließen, was zu einer politischen Stärke beitragen wird. Es geht nicht um Widerstand gegen ›Auswüchse‹ dieser Techniken, diese sind sämtlich abgelehnt.« [30] Mit der Umbenennung setzte sich im Netzwerk auch eine spezifische Schreibweise durch: FinRRage betonte die Bedeutung des Widerstandes *(resistance)* und den Affekt (*rage*, Zorn, Empörung), der den vereinten Widerstand antrieb. Das Netzwerk wollte also nicht nur durch eigene Forschung Wissen über neue Reproduktionstechnologien generieren, sondern das neue Wissen auch für einen bestimmten Zweck einsetzen, dem radikalen ›Nein‹ gegen jede Form dieser Technik. Mit der expliziten Aneignung eines ›unweiblichen‹ Affekts nahm FinRRage eine wichtige Strategie der Frauenbewegung der 1970er und 1980er Jahre auf, pejorative Geschlechterdefinitionen (die wütende Frau, die Furie, die Megäre) aktiv für die eigene, feministische Politik einzusetzen. Frauen sollten nicht mehr nur ›lieb sein‹ und weibliche Wut sollte nicht mehr internalisiert und in Autoaggression und Depression konvertiert, sondern öffentlich gemacht werden, um Rassismus und Sexismus zu bekämpfen. Eine andere Aneignung innerhalb der Frauenbewegung war zum Beispiel die Strategie der weiblichen Bandenbildung. [31] ▸MASCHINENSTURM / ALARM / frauenbanden



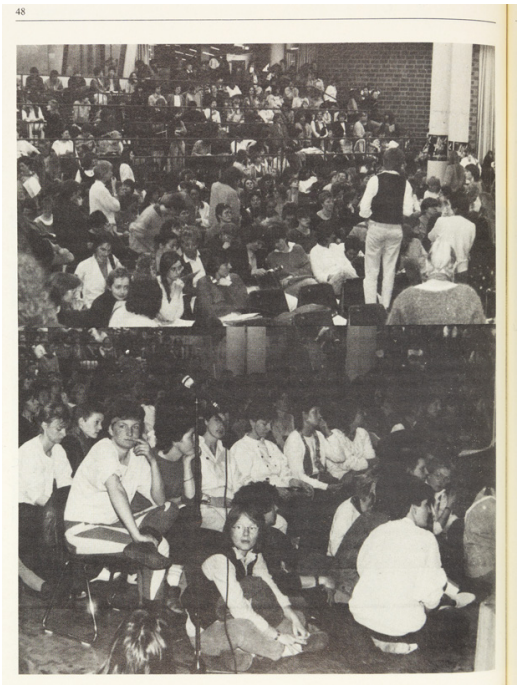
thalia: »›Resistance‹ (Passionately Forward)«, visuelles Gedicht, Newsletter FinRRage Australia 1986, FFBIZ – Das Feministische Archiv Berlin, A Rep 400 Internationales, 25b.20.21 FINRRAGE No. 10 (Mai 1990).

Das Netzwerk wuchs schnell: 1986 eröffnete ein Gedicht der australischen visuellen Dichterin thalia die Ausgabe des lokalen Newsletters der australischen FinRRage-Gruppe. Es symbolisiert den Widerstand der Frauen, zusammengesetzt aus den Wörtern »leidenschaftlich« und »vorwärts«. »Widerstand« ist Teil einer Postkartenserie von visuellen Gedichten derselben Autorin, die »Eugenik«, »Rohmaterial«, »Eierernte« oder »In-Vitro-Fertilisation« zum Gegenstand haben – allesamt Themen, die den Widerstand von FinRRage motivierten. Es war der Widerstandsbegriff, der das wachsende internationale Netzwerk zusammenhielt und Verbindungen ermöglichte zwischen den unterschiedlichen Welten von Naturwissenschaftler*innen und Sozialwissenschaftler*innen, Akademiker*innen und Aktivist*innen, zwischen dem globalen Süden und Norden.

»Dear Women,
Please find enclosed the second FINRRAGE packet. It includes a lot of ›gems‹ like the wonderful newsletter from Sweden that Cindy de Wit put together and the Swedish bibliography (the bibliographies from Germany, France, England and Holland seem close to being finished – true??). Of course it would be wonderful if more women could summarise articles from their own countries – especially when they are in a number of languages. For instance there is an enormous amount of material published in Germany [...]. [...] There is also quite a lot of Dutch material and I've got some French papers. Therefore I suggest that you write directly to the national contact women in those countries (I enclose the addresses once more).«

Renate Klein, internationale Koordinatorin FinRRage an die nationalen Kontaktstellen, Anschreiben zum 2. Info-Pack, 20. Dezember 1985, FFBIZ – Das Feministische Archiv Berlin, A Rep 400 Internationales, 25b.20.21 FINRRAGE No.01.

Das Anschreiben ist Teil des zweiten sogenannten »Info-Packs« an die Mitglieder im Dezember 1985. Diese »Info-Packs« wurden von einer internationalen Koordinatorin zusammengestellt und verschickt. Darin enthalten waren Zeitungsausschnitte, Artikel, Rundschreiben, Kampagnenmaterial, Konferenzankündigungen, die von Frauen in den »nationalen Kontaktstellen« gesammelt und an die internationale Stelle geschickt wurden. Nationale Kontaktstelle oder internationale Koordinatorin zu sein war mit keinerlei Privilegien oder Entscheidungsbefugnis innerhalb des Netzwerks verbunden, das vorsätzlich und mit Bedacht nicht hierarchisch strukturiert war. Außerhalb der Verteilerlisten gab es keine offizielle Mitgliedschaft im Netzwerk. Diese konnte auch nicht beantragt werden, weil es keine Vereinsstrukturen gab. Frauen erklärten sich selbst zu Mitgliedern des Netzwerks. Ein Mitgliedsbeitrag wurde nicht erhoben, lediglich ein Unkostenbeitrag für die Kopierkosten der »Info-Packs«.



DIE GRÜNEN im Bundestag, AK Frauenpolitik & Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): *Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik: Dokumentation zum Kongreß vom 19.–21.4.1985 in Bonn*, Köln: Kölner Volksblatt Verlag (1986), S. 46. ▸SELBERMACHEN / BEWUSSTSEIN / MutterMaschine

Die beiden wichtigsten bundesweiten Treffen in Deutschland gegen Gen- und Reproduktionstechniken fanden 1985 in Bonn und 1988 in Frankfurt am Main statt. Sie wurden von Frauen der nationalen FinRRage-Gruppe mitorganisiert, aber auch von Gruppen, in denen FinRRage-Frauen darüber hinaus aktiv waren, wie beispielsweise dem Gen-Archiv in Essen. FinRRage selbst bestand nicht nur aus einer Anzahl einzelner Frauen, sondern aus organisatorischer Perspektive auch aus völlig heterogenen Gruppen wie anderen informellen Netzwerken, basisdemokratisch organisierten Frauengruppen, die schon lange vor dem Netzwerk existierten, aber auch formal institutionalisierten Gruppen wie UBINIG in Bangladesch. Auf den Konferenzen und Tagungen lernten Frauen voneinander, eigene Perspektiven auf die neueste Forschung im Feld der Gen- und Reproduktionstechniken zu entwickeln, Kampagnen zu planen, als Expertinnen bei parlamentarischen Anhörungen auszusagen, gemeinsam Artikel und Bücher zu schreiben und eine eigene Zeitschrift herauszugeben.

Im Vordergrund des von Anbeginn internationalen Netzwerks FinRRage, das die Infrastrukturen und Organisationsformen der globalen Frauenbewegung nutzte, stand zunächst die Idee des Informationsaustauschs über wissenschaftliche und biomedizinische Forschungen auf dem Gebiet der neuen Reproduktionstechnologien (NRT). Während die gesellschaftspolitische Forderung nach dem Recht auf Abtreibung im Kampf für reproduktive Gesundheit in den westlichen Industrienationen kein spezifisches biomedizinisches Wissen erforderte, war die Abschätzung der sozial- und geschlechterpolitischen Auswirkungen der NRTs ohne solches Wissen nicht möglich. Das Netzwerk wollte diese Arbeit erleichtern, damit Frauen eigenes Wissen und eine spezifische feministische Expertise auf diesem Feld entwickeln und

für politische Aktionen nutzen konnten. Einerseits ging es FinRRage um das Anliegen, so viele Frauen wie möglich an der Basis zu erreichen und diese so weit zu bilden, dass sie in ihren lokalen Kontexten wirken und arbeiten konnten. Andererseits sollten FinRRage-Frauen in der Lage sein, als Expertinnen mit Autorität über ihr Wissensgebiet in öffentliche Debatten einzugreifen oder diese zu initiieren.
FinRRage versammelte schon bald eine einmalige Mischung von Expertinnen: Biologinnen ebenso wie Sozialwissenschaftlerinnen, Politologinnen, Ärztinnen oder Journalistinnen, die sich auf den Workshops, Konferenzen und Kongressen trafen und sich dort gegenseitig fortbildeten. Es gab ein informelles Netzwerk von Doktorandinnen, die durch ihre Beschäftigung mit neuen Reproduktionstechniken neue Themen, neue Methoden und neue Empirie in ihre Fächer einbrachten. Sie ergänzten gründliche, traditionelle sozialwissenschaftliche Forschung mit einer Portion Ungehorsam gegen traditionelle epistemische Kategorien wie die Objektivität und Neutralität der Forschenden. Diese kritische Distanz zur traditionellen Wissenschaft und ihre Akzeptanz verkörperten subjektiven Wissens verband sie mit der zur selben Zeit auftauchenden feministischen Wissenschaftsforschung, die sich eigene Konzepte und Methoden wie »feminist standpoint theory« und »situated knowledges« schuf.[32]

▸SELBERMACHEN / BEWUSSTSEIN / MutterMaschine ▸NATURPOLITIKEN / FEMINISTISCHE NATUR



»Bangladesh – Ein Reise-Bericht. Internationale FINRRAGE / UBINIG-Frauenkonferenz März 1989, Comilla/Bangladesh« (o.V.), in: *E.coli-bri* 6 (1990), S. 12–23, hier S. 12–13.

1984 lernten Finnret-Frauen am IWHM (International Women and Health Meeting) in Amsterdam die Ökonomin und Sozialwissenschaftlerin Farida Akhter kennen. Akhter hatte in Bangladesch eine eigene Forschungsorganisation – UBINIG – gegründet, um unabhängig von internationalen Geldgebern wie der Weltbank und dem IWF empirische Forschung über die drastischen Auswirkungen der internationalen bevölkerungspolitischen Programme auf Frauen in Bangladesch durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt war Bevölkerungspolitik nicht nur in Bangladesch längst zur Staatsangelegenheit geworden. Kredite an die ärmsten Staaten der Welt wurden regelmäßig mit der Forderung nach Bevölkerungskontrolle verknüpft, selbst wenn diese keinen Sinn hatte.[33] Farida Akhter zählte bald zum Zirkel der Gründungsfrauen von Finnret/FinRRage und wurde zur nationalen Kontaktstelle für FinRRage in Bangladesch.

Frauen aus sogenannten Entwicklungsländern war schnell klar, dass die Entwicklung der neuen Reproduktionstechnologien keineswegs nur ein Problem für westliche Feministinnen war. Die globale Arbeitsteilung auf dem Fertilitätsmarkt würde zu einer Auslagerung von Leihmutterschaften in den sogenannten globalen Süden führen. UBINIG organisierte den 2. Internationalen FinRRage-Kongress in Comilla/Bangladesch 1989, der nicht nur eine große Resonanz in der internationalen Presse fand, sondern an dem auch erstmals viele Frauen aus anderen asiatischen Ländern teilnahmen. Bei den Abbildungen handelt es sich um Fotografien, die beim 2. Internationalen Treffen von FINRRAGE-UBINIG entstanden sind.



In Comilla während der Konferenz...

»Bangladesh – Ein Reise-Bericht. Internationale FINRRAGE / UBINIG-Frauenkonferenz März 1989, Comilla/Bangladesh« (o.V.), in: *E.coli-bri* 6 (1990), S. 12–23, hier S. 12–13.



»Bangladesh – Ein Reise-Bericht. Internationale FINRRAGE / UBINIG-Frauenkonferenz März 1989, Comilla/Bangladesh« (o.V.), in: *E.coli-bri* 6 (1990), S. 12–23, hier S. 18.

Logo des 2. Internationalen FINRRAGE-UBINIG-Treffens in Comilla/Bangladesch im März 1989. So unterschiedlich UBINIG und FinRRage auch organisiert waren, verband sie im Kern ein epistemisches Programm, nämlich ihr Interesse an Wissen und Forschung als zentralen Formen der Bewusstseinsbildung und des Widerstands gegen geschlechterpolitische und soziale Ungerechtigkeit.[34] Für beide Organisationen stand unter anderem der Kampf gegen die

injizierbaren Kontrazeptiva auf der Agenda, ob im Kampf gegen Depo-Provera oder später gegen Norplant in Brasilien.[35] Diese Form der Langzeit-Kontrazeptiva – mit bis zu fünfjähriger Wirkungsdauer – wurde in den meisten Fällen an Frauen in Entwicklungsländern getestet. Oft wurden sie trotz bekannter Nebenwirkungen weiter angewandt. Da sie unter die Haut implementiert wurden, konnten die betroffenen Frauen diese nicht selbst entfernen und waren aufgrund ihrer ökonomischen Situation auch nicht in der Lage, sie entfernen zu lassen.



Cartoon zum Artikel »In the Twilight World of Depo-Provera« von Dr. Linda Hancock in der Tageszeitung *The Age*, Melbourne (Dezember 1986), in: FFBIZ – Das Feministische Archiv Berlin, A Rep 400 Internationales, 25b.20.21 FINRRAGE No.10 (Mai 1990).

»In diesem Fall, [...] kann man sagen, daß die Frauen der Dritten Welt von der multinationalen Drogenindustrie als Versuchskaninchen mißbraucht wurden. Es ist billiger, schneller und politisch einfach, ein ›Crash-Programme‹ gegen die Fruchtbarkeit durchzuziehen, um dabei gleichzeitig die Langzeitwirkungen der Verhütungsmittel zu testen, als eben jene Resultate durch Reihentests an westlichen Frauen in westlichen Kliniken zu erhalten. Genau in diesem Sinne wurden eine Reihe von Dritt-Welt-Ländern als Laboratorien für die transnationale Drogenindustrie mißbraucht. Aber Dritt-Welt-Frauen werden auch in einem engeren Sinn zu Versuchskaninchen gemacht, indem an ihnen überwiegend Verhütungsmittel getestet werden, die noch keine Lizenz für den Gebrauch in den westlichen Familienplanungsprogrammen haben. Dies ist z.B. der Fall mit den ›injizierbaren Kontrazeptiva, IC's‹. Nachdem Depoprovera in den USA verboten wurde, nachdem festgestellt wurde, es sei krebserregend und wegen anderer Langzeitwirkungen, heißt das neue IC, das jetzt propagiert wird, NET-OEN [...].«

Maria Mies: *Wider die Industrialisierung des Lebens: Eine feministische Kritik der Gen- und Reproduktionstechnik,* Pfaffenhofen: Centaurus (1992), S. 73.

»In the sterilization camps and clinics of Bangladesh when a woman undergoes surgery for ligation, she allows her body for mutilation not because she wants to emancipate herself from reproductive responsibilities but in most cases for money and a piece ofapparel [sic], known as a sari which is received as an incentive. These add to her ability to survive for a few more days because they can be exchanged for food. Nowhere the rights of women becomes the concern. The lives of women are different from their sisters of the west.«

Farida Akhter: *Depopulating Bangladesh: Essays on the Politics of Fertility,* Dhaka: Narigrantha Prabartana (1992), S. 2.

»With this first issue, we welcome you to a new feminist, multidisciplinary and international journal on the subjects of the new reproductive technologies and genetic engineering. Discussion on the implications of reproductive and genetic engineering has become a new growth area in institutions of higher education, and in research and professional circles. Internationally, governmental committees and task forces are proposing policy and legislation. Despite the fact that it is women who are the experimental population in this modern drama of the

reproduction of the species, feminist analysis has been largely omitted from these accepted avenues of discourse and debate. Professional and public channels give scarce recognition to the use and abuse of women that are central to the development and proliferation of these new technologies. [...] The purpose of *Reproduction and Genetic Engineering* is to make a feminist analysis of the technologies more consistently central in the educational, public policy, and informational realms [...]. [...] We invite contributions from all academic disciplines and professional areas, from those involved in health care, community work, and violence against women projects. In publishing a critical feminist journal that will be accessible to both scholars and laypersons, *Reproduction and Genetic Engineering* hopes to take a pioneering public role in focussing discussion and debate on the feminist dimensions of these issues; on the social, legal, ethical, and economic impacts of these technologies on women; on ›First World‹/ ›Third World‹ interdependencies; on redefinitions and alternatives in science and medicine; and on the creation of women-centered policy and legislation.«

The Editors: »Editorial«, *Reproductive and Genetic Engineering* 1 (1988), S. 1.

Auszug aus dem Editorial der 1988 erschienenen ersten Ausgabe von *Reproductive and Genetic Engineering* (RGE). Die Herausgeberinnen waren entweder Teil der Gründungsinitiative von FinRRage oder als nationaler Kontakt für FinRRage aktiv.[36] Die Zeitschrift bot dem Netzwerk eine Plattform, um das generierte Wissen in alle disziplinären Richtungen zu verteilen und neue Methoden empirischer feministischer Forschung zu publizieren. RGE wurde als wissenschaftliche Zeitschrift etabliert und unterschied sich klar von den Infopacks und Newslettern, die das Netzwerk weiterhin zirkulierte. 1990 wurde die Zeitschrift in IRAGE *(Issues in Reproductive and Genetic Engineering)* umbenannt. Wieder wurde der gemeinsame Affekt betont.
Während des Treffens in Comilla 1989 waren allerdings die wachsenden Differenzen innerhalb des Netzwerks deutlicher hervorgetreten. Das Netzwerk hatte durch seine Arbeit immer differenzierteres Wissen erzeugt, das sich mit dem radikalen ›Nein‹ gegenüber den NRTs immer weniger in Einklang bringen liess. Die Radikalität des Widerstandes war auch nie als extreme Ideologie zu verstehen gewesen, sondern vielmehr als eine pragmatische Position, als einen gemeinsamen Nenner des aus diversen internationalen Initiativen entstehenden Netzwerks. Es waren aber nicht so sehr die unterschiedlichen Leben der Schwestern im Süden und im Norden, die Farida Akther in ihrem Kommentar erwähnt, die die Arbeit von FinRRage nach 1989 immer mehr lähmten. Es war vielmehr die Struktur des Netzwerkes selbst, die es nicht erlaubte, unterschiedliche oder gar veränderte Positionen auszuhandeln und zu vertreten. Trotz verschiedener Initiativen hatte sich das Netzwerk nie einen formalen Rahmen gegeben, geschweige denn Strukturen zur internen Konfliktbewältigung geschaffen. Es waren unter anderem die informellen und flachen Hierarchien, die der Entstehung und Ausbreitung des Netzwerks so förderlich waren, die nun zu seiner langsamen Inaktivierung führten. IRAGE wurde 1992 eingestellt. Das Netzwerk selbst löste sich nie offiziell auf, aber die internationale Kontaktgruppe stellte Ende 1997 die Arbeit ein. Danach gab es nur noch lokale und regionale Aktivitäten unter dem Namen FinRRage, vor allem in Südostasien.

Anmerkungen

1 Aus der Einladung von Werner Hofmann, zitiert in Thorsten Bultmann, Steffen Käthner: »Vorwort«, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) (Hg.): *Gegen den Strom schwimmen: 50 Jahre BdWi*, Marburg: BdWi (2018), S. 5.
2 Herbert Claas: »BdWi-Gründung im Jahre 1968, eine 68er Gründung?«, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) (Hg.): *Gegen den Strom schwimmen: 50 Jahre BdWi*, Marburg: BdWi (2018), S. 8–11, hier S. 9.
3 Gisela Notz: »BdWi und Feminismus – ein schwieriges Verhältnis«, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) (Hg.): *Gegen den Strom schwimmen: 50 Jahre BdWi*, Marburg: BdWi (2018), S. 33–37, hier S. 33.
4 Organisator*innen der Kritischen Universität an der Universität Hamburg, zitiert in Walter Hollstein: *Der Untergrund: Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegungen*, Neuwied: Luchterhand (1969), S. 142.
5 Organisator*innen der Kritischen Universität an der Universität Hamburg, zitiert in Walter Hollstein: *Der Untergrund: Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegungen*, Neuwied: Luchterhand (1969), S. 141.
6 Sozialistisches Patientenkollektiv (SPK): *Aus der Krankheit eine Waffe machen: Eine Agitationsschrift*, München: Trikont (1972), S. 18–19.
7 BdWi, zitiert in Rainer Rilling: »Auf & Ab: Die Entwicklung des BdWi ab 1983«, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) (Hg.): *Gegen den Strom schwimmen: 50 Jahre BdWi*, Marburg: BdWi (2018), S. 27–32, hier S. 29.
8 Sigrid Schmalzer, Daniel S. Chard, Alyssa Botelho (Hg.): *Science for the People: Documents from America's Movement of Radical Scientists*, Amherst: University of Massachusetts Press (2018), S. 1–9.
9 Joe Heath: »Violence Center: Psychotechnology for Repression«, in: *Science for the People* 6/3 (1974), S. 17–21, hier S. 17.
10 Jonathan R. Beckwith: *Making Genes, Making Waves: A Social Activist in Science,* Cambridge, MA: Harvard University Press (2002), S. 256.
11 Jonathan R. Beckwith: *Making Genes, Making Waves: A Social Activist in Science,* Cambridge, MA: Harvard University Press (2002), S. 59–64; Sigrid Schmalzer, Daniel S. Chard, Alyssa Botelho (Hg.): *Science for the People: Documents from America's Movement of Radical Scientists*. Amherst: University of Massachusetts Press (2018), S. 94.
12 Jonathan R. Beckwith: *Making Genes, Making Waves. A Social Activist in Science,* Cambridge, MA: Harvard University Press (2002), S. 158.
13 »Besorgte Bürger« (o.V.), in: *Der Spiegel* 23 (1983), S. 50.
14 Peter Starlinger: »Gentechnik und Öffentlichkeit«, in: *Forum Wissenschaft* 4 (1985), S. 3–6, hier S. 4.
15 Helga Nowotny, Hilary Rose (Hg.): *Counter-Movements in the Sciences: The Sociology of the Alternatives to Big Science*, Dordrecht: Springer Netherlands (1979) (= Sociology of the Sciences: A Yearbook). S. VII.
16 Claudia Weber: »Rezension von Werner Rammert, Gotthard Bechmann, Helga Nowotny, Richard Vahrenkamp (Hg.): *Technik und Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Campus (1983) (= Jahrbuch 2)«, in: *Das Argument* 148 (1984), S. 943–945.
17 Dieter Rucht: *Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*, München: Beck (1980), S. 86–87.
18 »Tüftler im Grünen« (o.V.), in: *Der Spiegel* 36 (1980), S. 225–229, hier S. 225; Jochen Roose: *Made by Öko-Institut: Wissenschaft in einer bewegten Umwelt*, Freiburg im Breisgau: Verlag Öko-Institut (2002), S. 99.
19 Michael Sailer, zitiert in Doris Knoblauch, Linda Mederake: »Die Anfänge der nichtstaatlichen Umweltpolitikforschung und -beratung«, *https://geschichte-umweltpolitikberatung.org/info/schlaglichter-und-meilensteine* (2014).
20 Frank Uekötter: *Am Ende der Gewissheiten: Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main: Campus (2011), S. 99.
21 Siehe inbesondere Florentin Krause, Hartmut Bossel, Karl Friedrich Mueller-Reissmann: *Energie-Wende: Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran: Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts Freiburg*, Frankfurt am Main: S. Fischer (1980). Die im Jahr 1980 publizierte Studie zur Energiewende war in vielerlei Hinsicht bahnbrechend und bot viel Diskussionsstoff für die energiepolitische Diskussion in der Bundesrepublik. Finanziert wurde sie u.a. vom internationalen Netzwerk Friends of the Earth.
22 Jutta Ditfurth, Rose Glaser: *Die tägliche legale Verseuchung unserer Flüsse und wie wir uns dagegen wehren können: Ein Handbuch mit Aktionsteil*, Hamburg/Zürich: Rasch und Röhring Verlag (1987), S. 11–12.
23 So Michael Sailer, zitiert in: Doris Knoblauch, Linda Mederake: »Die Anfänge der nichtstaatlichen Umweltpolitikforschung und -beratung«, https://geschichte-umweltpolitikberatung.org/info/schlaglichter-und-meilensteine (2014).
24 Siehe auch Reinhold Reith, Dorothea Schmidt (Hg.): *Kleine Betriebe – angepaßte Technologie? Hoffnungen, Erfahrungen und Ernüchterungen aus sozial- und technikhistorischer Sicht*, Münster: Waxmann (2002).
25 Engelbert Schramm: »Die Verwissenschaftlichung der Oppositionsbewegungen«, in: *PROKLA: Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 79/20 (1990), S. 22–36.
26 Rainer Brämer: »AGÖF am Scheideweg: Alternative Wissenschaft zwischen Staat und Basis«, in: *Wechselwirkung* 14 (August 1982), S. 49–50.
27 Manche der Neugründungen verfügten durchaus über einen solventen Hintergrund. So war das »Umweltwissenschaftliche Institut« (UWI) in Stuttgart ein direkter Ableger des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).
28 Engelbert Schramm: »Die Verwissenschaftlichung der Oppositionsbewegungen«, in: *PROKLA: Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 79/20 (1990), S. 22–36.
29 Thomas Kluge, Engelbert Schramm: »Weniger Analytik – mehr Analyse: Für eine sozial-ökologische Forschung«, in: *Wechselwirkung* 40/11 (1989), S. 28–30.
30 Sarah Jansen: »Bericht über die Konferenz des *FINNRET/FINRRAGE* 3.–8. Juli 1985 in Schweden«, in: DIE GRÜNEN im Bundestag, AK Frauenpolitik & Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): *Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik: Dokumentation zum Kongreß vom 19.–21.4.1985 in Bonn*, Köln: Kölner Volksblatt Verlag (1986), S. 193–195, hier S. 193.
31 Audre Lorde: »The Uses of Anger: Women Responding to Racism« (1981), in: dies.: *Sister Outsider: Essays & Speeches by Audre Lorde*, Berkeley: Crossing Press (2007), S. 124–133, Adrienne Cecile Rich: »The Phenomenology of Anger«, in: Barbara Charlesworth Gelpi, Albert Gelpi, Brett Millier (Hg.): *Adrienne Rich: Poetry and Prose*, W.W. Norton & Company (2018), S. 212–234. Zur kollektiven, gesellschaftlichen und historischen Konfiguration von Gefühlen aus feministischer Perspektive vgl. Sara Ahmed: *The Cultural Politics of Emotions*, Edinburgh: Edinburgh University Press (2004). Zur Aktualität des Topos der »weiblichen Wut« vgl. Soraya Chemaly: *Rage Becomes Her: The Power of Women's Anger*, New York: Simon & Schuster (2018).
32 Nancy Hartsock: »The Feminist Standpoint: Developing the Ground for a Specifically Feminist Historical Materialism«, in: Sandra Harding, Merrill Hintikka (Hg.): *Discovering Reality: Feminist Perspectives on Epistemology, Metaphysics, Methodology, and Philosophy of Science*, Dordrecht: Reidel (1983), S. 283–310; Sandra Harding: *The Science Question in Feminism*, Ithaca: Cornell University Press (1986); Donna Haraway: »Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective«, in: *Feminist Studies* 14 (1988), S. 575–599.
33 Michelle Murphy: *The Economization of Life*, Durham: Duke University Press (2017).

34 Zur Geschichte und Aufgabe von UBINIG siehe auch Farida Akther, Wilma van Berkel, Natasha Ahmed (Hg.): *Declaration of Comilla. FINRRAGE/UBINIG International Conference 1989: Proceedings*, Dhaka: UBINIG, 1990, S. V. Zur Situation in Bangladesh vgl. Farida Akhter: *Depopulating Bangladesh: Essays on the Politics of Fertility*, Dhaka: Narigrantha Prabartana (1992). Die Panels und internationalen Konferenzen, die FinRRage organsierte, wurden gemeinsam publiziert. Dazu gehören u.a. Rita Arditti, Renate Duelli Klein, Shelley Minden (Hg.): *Test-Tube Women: What Future for Motherhood?*, London: Pandora Press (1984); Gena Corea, Renate Duelli Klein, Jalna Hanmer, Helen B. Holmes, Betty Hoskins, Madhu Kishwar, Janice Raymond, Robyn Rowland, Roberta Steinbacher (Hg.): *Man-Made Women: How New Reproductive Technologies Affect Women*, London: Hutchinson (1985); Patricia Spallone, Deborah Lynn Steinberg: *Made to Order: The Myth of Reproductive and Genetic Progress*, Oxford: Pergamon (1987) (=The Athene series).

35 Ana Regina Gomes dos Reis: »Norplant in Brazil: Implementation Strategy in the Guise of Scientific Research«, in: *Reproductive and Genetic Engineering: Journal of International Feminist Analyses* 3/2 (1990), S. 111–118; Elizabeth Siegel Watkins: »From Breakthrough to Bust: The Brief Life of Norplant, the Contraceptive Implant«, in: *Journal of Women's History* 22/3 (2010), S. 88–111.

36 Das Herausgeberinnenkollektiv bestand 1988 aus Farida Akhter, Robyn Rowland, Renate Klein, Rita Arditti, Gena Corea, Jalna Hanmer, Patricia Spallone und Janice Raymond. Die Soziologin Maria Mies, ebenfalls eine frühe internationale FinRRage-Aktivistin, gehörte zum Advisory Board.

Weiterführende Literatur

Jürgen Bacia, Claudia Wenzel (Hg.): *Bewegung bewahren: Freie Archive und die Geschichte von unten*, Berlin: Hirnkost KG (2003).

Cornelia Brink: *Grenzen der Anstalt: Psychiatrie und Gesellschaft in Deutschland 1860–1980*, Göttingen: Wallstein (2013).

Cornelia Brink: »Psychiatrie und Politik: Zum Sozialistischen Patientenkollektiv in Heidelberg«, in: Klaus Weinhauer, Jörg Requate, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): *Terrorismus in der Bundesrepublik: Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt am Main: Campus (2006), S. 134–153.

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) (Hg.): *Gegen den Strom schwimmen: 50 Jahre BdWi*, Marburg: BdWi (2018).

Herbert Gottweis: »1968 und die Folgen: Wissenschaft und öffentliche Kritik. Opposition oder Interaktion?«, in: Mitchell G. Ash, Christian H. Stifter (Hg.): *Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit: Von der Wiener Moderne bis zur Gegenwart*, Wien: WUV (2002), S. 353–366.

Alison Kraft, Carola Sachse: *Science, (Anti-)Communism and Diplomacy: The Pugwash Conferences on Science and World Affairs in the Early Cold War*, Leiden: Brill (2020).

Michelle Murphy: *The Economization of Life*, Durham: Duke University Press (2017).

Helga Nowotny, Peter Scott, Michael Gibbons: *Re-thinking Science; Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*, Cambridge: Polity Press (2001).

Anna Maria Schmidt: »›Der Staub von Archiven kann ein Pulverfass sein!‹ Das Gen-Archiv«, in: Jan-Hendryk de Boer (Hg.), *Praxisformen: Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln*, Frankfurt am Main, New York: Campus (2019), S. 106–117.

Stevienna de Saille: *Knowledge as Resistance: The Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering*, London: Palgrave Mcmillan (2017).

Malte Schophaus: *Der Kampf um die Köpfe: Wissenschaftliche Expertise und Protestpolitik bei Attac*, Baden-Baden: Nomos (2009).